

10. Januar 2022

## **Stellungnahme des DGSF-Vorstandes zu innerverbandlich kommunizierten Nazi-Vergleichen im Zusammenhang mit der Coronapolitik in unserer Gesellschaft**

Zum wiederholten Male haben wir Vorständler\*innen Kenntnis darüber erlangt, dass aktive Mitglieder unseres Verbandes im Rahmen ihres Ehrenamtes Positionierungen und Aufrufe an die Mitgliedschaft verfasst und versendet haben, die die deutsche „Coronapolitik“ kritisieren und dabei sprachlich und bildlich Analogien zu den Verbrechen der Nazi-Diktatur formulieren.

Hier seien nur wenige Punkte benannt, um deutlich zu machen, worauf wir reagieren:

- Das Infektionsschutzgesetz wird indirekt mit Hitlers „Ermächtigungsgesetz“ verglichen.
- Die Entscheidungen des Souveräns unseres Verbandes, der Mitgliederversammlung, werden diskreditiert mit dem Vorwurf, dass diese sich nicht von „coronafaschistischen Maßnahmen“ distanziert habe.
- „Eine merkwürdige Parallelität zum Phänomen der Anpassung der Psychologen in der NS-Zeit“ (unter ausführlicher Bezugnahme auf den NS-Täter; Psychiater und Psychotherapeuten Johannes Heinrich Schultz) wird zu unseren Mitgliedern hergestellt.

Unter anderem wird folgende Frage aufgeworfen: „Bei der nötigen aktuellen Diskussion zu dem Thema sollten wir uns insbesondere mit der Frage befassen: Wo liegt für mich persönlich, wo sollte allgemein und wo speziell für Fachkräfte im sozialen Bereich die „roten Linien“ bei der Verfolgung bzw. der Mitwirkung zur Ausführung der Impfpflicht liegen?“

Aus unserer Sicht ist dies eine Frage, die individuell von jedem einzelnen DGSF-Mitglied beantwortet werden sollte. Das trifft auch auf die Frage der „körperlichen Unversehrtheit“ in Verbindung mit medizinischen Maßnahmen zu. Die Bemühungen, dazu eine Verbandsposition in der Mitgliederversammlung im Oktober 2021 beschließen zu lassen (TOP 8: Freiheit bewahren auch in Zeiten von „Corona“), sind bekanntermaßen klar gescheitert. Wir als Vorstand sehen uns nicht als befugt an, zu diesen Fragen für den gesamten Verband Position zu beziehen.

Eine andere „rote Linie“ ist mit solchen Schreiben allerdings deutlich überschritten: Diese liegt bei der Wahrung der Würde der vielen Opfer und ihrer Angehörigen aus der NS-Zeit sowie in dem aus unserer Sicht unangemessenen historischem Vergleich! Solch einer Doppelinstrumentalisierung im Geist der antisemitischen Täter-Opfer-Umkehr treten wir entschieden entgegen!

Samuel Salzborn, Antisemitismusbeauftragter des Landes Berlin, formulierte es kürzlich im Gespräch mit der ARD treffend: Mit Blick auf die NS-Vergangenheit handele es sich "um eine geschichtsrevisionistische Relativierung der Shoah, bei der die antisemitische Vernichtungspolitik auf infame Weise instrumentalisiert wird. Mit Blick auf die Gegenwart phantasieren sich die Verschwörungsgläubigen in eine Opferrolle, die die demokratische Politik dämonisieren und delegitimieren soll ... Das heißt: Zum einen überhöht man die eigene Rolle, stellt sich als mutigen Widerstandskämpfer dar und diffamiert politische

Gegner als Nazis und Faschisten – zum anderen werden durch solche Vergleiche die tatsächlichen Verbrechen und Schrecken der Nazi-Diktatur relativiert.“

Werden Vergleiche mit dem NS-Regime als Provokation in unserem Verband weiter eingesetzt, wird ein konstruktiver Dialog vorsätzlich verhindert, eine offenbar gewollte Eskalation wird herbeigeführt und der Verband als Ganzes für andere Interessen instrumentalisiert. Darüber werden Atmosphäre und Wertesystem angegriffen und innerverbandliche Aktivitäten gefährdet oder gar eingestellt.

Uns bleibt die Frage, wie wir hiermit weiter umgehen wollen. Wir werden diese Frage im Verband weiterbewegen und wir haben im Vorstand bereits erste Ideen dazu entwickelt, wie z. B.

- Beratung durch die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (Rias) in Berlin.
- Vernetzung mit den „Arolsen Archives“ in Bad Arolsen, um konstruktive Dialogfähigkeit (wieder)herzustellen.
- Kontaktaufnahme zum Projekt SPUR.lab, um digitale Workshops zum Thema zu organisieren.
- Durchführung eines Fachtages mit Prof. Matthias Quent, Soziologe, Rechtsextremismusforscher und Professor für Soziologie und Soziale Arbeit an der Hochschule Magdeburg-Stendal.

Astrid Beermann, Filip Caby, Anke Lingnau-Carduck, Matthias Ochs, Matthias Richter  
Vorstand der DGSF

DGSF e. V., Jakordenstraße 23, 50668 Köln  
[www.dgsf.org](http://www.dgsf.org) | [info@dgsf.org](mailto:info@dgsf.org)